Ä1 München braucht die Unabhängige Polizei- und Justiz- Beschwerdestelle.

Antragsteller*in: x

Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 3 bis 6:
und Forderungen zu vielfältigen politischen Themen sollte bei "Grüne Themen für München" an erster Stelle zwei wichtigen Themen stehen:~~"Rechtsstaat" und "Justiz", die sind nicht mal~~ ~~auf der Website des Bundesverbands~~ ~~unter Buchstaben "P" und "J" zu finden.~~"" " Polizei" und "Justiz". die sind auf der Website des Bundesverbands bei Themen von A bis Z unter dem Buchstaben "R" als Vision der Grünen über einen funktionierenden Rechtsstaat zu finden und die Behauptungen, dass wir in Deutschland einen funktionierenden Rechtsstaat haben, aber es wird mit keinem Wort erwähnt über die Realität mit dem die Opfer von Justiz- und Polizei- Willkür tagtäglich zu kämpfen haben. Zur Bewältigung der chronischen Deformitäten in der Justiz braucht München eine einfach zugängliche Unabhängige Polizei- und Justiz- Beschwerdestelle einrichten.

Begründung

Liebe Freundinnen und Freunde ich bin hier mit meinem Antrag offiziell uns zu helfen, wenn wir alle in eine gelungenen Demokratie leben wollen, um die politische Orientierung zu einer besseren Demokratie auf demokratischem Kurs zu halten und das notwendige Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die Politik zurück zu gewinnen.

Wir Grünen werben für mehr soziale Gerechtigkeit, gelungene Integration und ein Land, in dem alle die gleichen Chancen haben. Ich sammle seit Jahren Beweise dafür, dass die Behörden und die Justiz in München sehr korrupt sind und dass diejenigen, die mehr Geld und Einfluss auf Richter oder auf Behörden haben, auf Anordnung eingeforderte Urteile erhalten und die Opfer unschuldig unter Betreuung und in die Zwangspsychiatrie gestellt werden. Die Opfer wurden von Staatsanwälten, Richtern und Anwälten bedroht und zum Schweigen gezwungen wurden.

Ein Richter des Landgerichts München I und ein Richter des Oberlandesgerichts München treffen Entscheidungen über Behandlungsfehler, aber gleichzeitig arbeiten sie für "ReIntra", die wird vor allem von privaten Versicherungsunternehmen beauftragt und die zwei Richter des LG München und OLG München können als Richter niemals neutral und fair sein, denn es ist zu sehen (ich besitze Beweise) wie sie mit ihrer schützenden Hand all die Jahre einen Straftäter beschützen, um den ausländischen Opfern Schaden zuzufügen und sie zu demütigen.

Wir Grünen kämpfen mit Herz für die Gerechtigkeit. Nun bei dem Wort "Justiz" sind auch wir Grünen auf dem rechten Auge blind und sehen nicht, dass die Justiz in München ist auf der Ebene der Länder, in denen Oligarchen alles kaufen können, sogar maßgefertigte Urteile und Beschlüsse, um die Gegner in die Zwangspsychiatrie zu entsorgen.

Der letzte Fall, dem ich geholfen habe, war der Arzt von der langjährigen Ausländerbeiratsvorsitzenden der Landeshauptstadt München, Nükhet Kivran, die am 07.09.2020 verstorben ist, weil sie wurde durch Behördlichen Problemen ihres Arztes auch Opfer einer solchen willkürlichen Regierungsentscheidung, denn ihr Arzt (Entwickler der MedicoNatura-Konzeptes gegen Krebs) wurde zwei Jahre lang von den Behörden ungerecht verfolgt und Ende 2019 sogar zweimal in der Zwangspsychiatrie untergebracht.

Anwälten und Vereinen machen krumme Geschäfte mit Richter, Staatsanwälten und Gutachter, deswegen braucht München die Unabhängige Polizei- und Justiz- Beschwerdestelle.

Wir Grünen dürfen weder schweigen noch blind sein. Wir müssen für die Transparenz, Klarheit und für die Verantwortung kämpfen, die sind der einzige richtige Weg, um das Vertrauen der Bürger in Institutionen und Tätigkeiten der Gerichte wiederherzustellen.

Wir Grünen als wissenschaftbasierte Partei sollten es wagen, mutiger zu seinen schmerzhaften Entscheidungen zu treffen, wie sie auch im Kampf gegen die Pandemie getroffen wurden, denn wir Grünen haben die Kommunalwahlen 2020 mit den Worten „Die Zukunft braucht Mut“ gestaltet und viele Stimmen gewonnen, denn für eine gute Zukunft brauchen wir mutige Menschen für die Unabhängige Beschwerdestelle bezüglich Straftaten, die von der Polizei, von Staatsanwälten und Richter begangen werden.